

**Antrag des CDU-Kreisfachausschuss Agrar**

**zum Kreisparteitag am 26.11.2016**

**zu Gänsefraßschäden**

Wohlwissend um die Bemühungen des „Gänsemanagementplanes“ auf Landesebene und auch darüber hinaus hat sich der Kreisfachausschuss Agrar und Umwelt weiter mit diesem Thema befasst und ist zu dem Entschluss gekommen, weitergehende Massnahmen zu fordern und wünscht sich eine konsequente Umsetzung eines Beschlusses des Kreisparteitages.

**Der CDU Kreisparteitag möge beschließen:**

1. Die Deichvorlandflächen sind wieder für die Beweidung freizugeben, um die Attraktivität für Gänse zu erhöhen und dadurch die im Binnenland liegenden landwirtschaftlich genutzten Flächen zu entlasten.
2. Die Jagdzeiten für Wasservögel, insbesondere Gänse, sind durch 1:1 – Umsetzung an höherrangiges Recht zu verlängern. In besonders betroffenen Landkreisen ist die Erlaubnis von Vergrämungsabschüssen an besonders gefährdeten landwirtschaftlichen Flächen zu vereinfachen.
3. Mittelfristig sind in Zusammenarbeit mit Landwirtschaft und Jägerschaft Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten, die eine angemessene Reduktion der Gänsebestände unter Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und des Tourismus ermöglichen.

**Begründung:**

Zwischen dem ländlichen Raum und der CDU besteht eine traditionelle Verbindung. Diese sollte nicht noch weiter belastet werden mit der Folge, dass weitere Wahlverdrossenheit entsteht oder traditionelle Wähler zu anderen Parteien abwandern. Der ländlichen Bevölkerung ist zu signalisieren, dass ihre Probleme ernst genommen und befördert werden.

Die übermäßige Zunahme der Gänsebestände hat in den vergangenen Jahren zu erheblichem Unmut geführt, nicht nur in Schleswig-Holstein. Neben Fraßschäden und Verkotung, die die Landwirtschaft stark belasten, besteht eine erhebliche Gefahr, dass sich Seuchen, aktuell die Vogelgrippe, in den übermäßigen Beständen ausbreiten und Mensch und Tier gefährden.

Die klimatische Entwicklung, die dazu führt, das Gänse ihre „Rast“ an der nordfriesischen Küste ausweiten und nicht mehr weiterziehen führt unter Anderem auch dazu, das auch „nicht so starker Nachwuchs“ ihre Lebensberechtigungen finden und so durchaus zu Fehlentwicklungen in der Population führen.

Die derzeitige Politik der Landesregierung, die durch Gänse verursachten Schäden finanziell auszugleichen, löst das Problem nicht. Durch das stetige erhebliche Anwachsen der Gänsebestände vergrößern sich diese eher.

Es sind mittelfristig Lösungen zu suchen, die die Gänsebestände auf ein tragbares Maß reduzieren, unter Beachtung der Belange des Naturschutzes und des Tourismus.

Für den Kreisfachausschuss Agrar

Udo Maart

Husum, 14.11.2016